

Rüstet Europa zu schnell ab?

Autor(en): **Wirz, Heinrich**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader mit MFD-Zeitung**

Band (Jahr): **68 (1993)**

Heft 11

PDF erstellt am: **30.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-715660>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

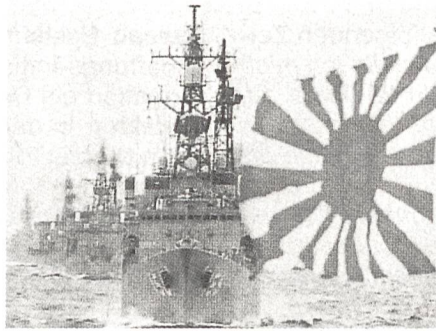
Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Rüstet Europa zu schnell ab?

Von Oberst Heinrich Wirz, Bremgarten BE

«*Is Europe Disarming Too Fast?*», lautet die Schlagzeile im Wochenmagazin «*TIME International*» auf dem Titelblatt der Ausgabe vom 12. April 1993. «*Planungswirrwarr beim Abbau der Bundeswehr*» ist die Überschrift eines Artikels in der «*Neuen Zürcher Zeitung*» vom 24. März 1993 und «*Grossbritanniens Streitkräfte ohne Ziel*» (NZZ vom 7. Juli 1993). Der Krieg im Raume des ehemaligen Jugoslawien droht dauernd zu eskalieren. Die Lage Russlands ist instabiler denn je; sie kann über Nacht ändern. In der Dritten Welt wird aufgerüstet; Schwellenländer werden zu Atommächten, offiziell oder inoffiziell. Zehn Entwicklungsländer verfügen über mehr als je 1000 Panzer, und sieben Entwicklungsländer besitzen mehr als je 500 Kampfflugzeuge. Brasilien ist der weltweit viertgrösste Waffenexporteur geworden, und China scheint Länder der Dritten Welt aufzurüsten. Demgegenüber rüstet Europa ab, zu schnell und zuviel? Wird die europäische und auch die schweizerische Sicherheitspolitik zur Fiktion? Entspricht die Versicherungsprämie für unsere kollektive Sicherheit überhaupt noch den aktuellen und künftigen Gefahren und Risiken?



Japan baut seine Flotte konsequent weiter aus.
(Aus «Soldat und Technik» Nr. 8/93)

teilschein am Grundkapital einer Aktiengesellschaft. Nun sind ja die europäischen Länder weder Aktiengesellschaften noch erwirtschaften sie einen Reingewinn. Im Gegenteil: Die Budget- und Finanzzahlen sind zumeist tiefrot. Die Aktie ist ein Risikopapier; das (Dividenden-)Verlustrisiko trägt der Aktionär. Demzufolge hätten die einzelnen Bürger und Bürgerinnen das Risiko bei der Ausschüttung einer «*Friedensdividende*» selbst zu tragen. Ohne Reingewinn und mit einer zu hohen Dividende wird eine Unternehmung ausgezehrt, bis keine Substanz mehr vorhanden ist, dafür ein Totalverlust. Die Analogie zu einem Staat liegt auf der Hand.

1991: Schweizerische Versicherungsseuphorie

Anstatt von «*Friedensdividende*» würden wir viel gescheiter von höheren oder niedrigeren Versicherungsprämien sprechen. Versicherung hat mit Sicherheit zu tun, wobei sich die Prämie nach den zu erwartenden Risiken (nach DUDEN: Wagnisse, Gefahren, Verlustmöglichkeiten bei einer unsicheren Unternehmung) richtet. **Die durch den Bund beaufsichtigten Versicherungen haben 1991 in der Schweiz total 27,6 Milliarden Franken an Prämien erzielt.** Dies sind über zwei Milliarden oder neun Prozent mehr als im Vorjahr. Davon stammen rund 16 Milliarden Franken Prämieinnahmen oder knapp 57 Prozent aus dem Bereich der Lebensversicherungen. Im Vergleich zu 1900 (rund 14 Milliarden) entspricht dies einer **Zunahme von zirka 12 Prozent.**

Demgegenüber lassen wir Schweizer zu, dass die Versicherungsprämie für unsere kollektive Sicherheit, **nämlich die militärische und zivile Landesverteidigung, von 1990 bis 1993 nominal minus ein Prozent beträgt** (Stand: Botschaft des Bundesrates vom 28. September 1992). Real beträgt die Einbusse noch wesentlich mehr: Wenn das Eidgenössische Militärdepartement seit 1990 auch nur den Teuerungsausgleich erhalten hätte, würden 1993 über 900 Millionen Franken mehr für die Armee zur Verfügung stehen. **1996 werden die Investitionen real um mehr als ein Viertel unter denen von 1990 liegen,** die laufenden

Sparrunden noch nicht eingerechnet. Wir evaluierten seit 1985 ein neues Kampfflugzeug und diskutierten fast ebenso lange über die dreieinhalb Milliarden Franken Beschaffungskosten, von denen erst noch rund zweieinhalb Milliarden Franken als indirekte Kompensationsgeschäfte auf den Werkplatz Schweiz zurückfliessen, entsprechend zirka 25 000 Mannjahren industrieller Arbeit. Bei einer Versicherungssprache Nutzungsdauer des neuen Kampfflugzeuges F/A-18 Hornet von 30 Jahren ergibt sich eine Jahresprämie von rund **120 Millionen Franken.** Dies kostet, einschliesslich der Unterhalts- und Betriebsausgaben, jeden Einwohner dieses Landes **25 Franken pro Jahr.** Man setze diese fünf Fünfler in Bezug zu den steigenden Prämien der Versicherungen aller Art und den Krankenkassen!

1992/1993: Europäische Abrüstungseuphorie?

Die Vereinigten Staaten von **Amerika** waren jahrzehntelang die Garantin europäischer Stabilität und Verteidigung sowie der Stützpfiler der NATO. Die neue Regierung von Präsident **Bill Clinton** will bis 1996 – vor allem in Deutschland – die US-Truppenstärke in Europa von 186 000 (Stand 1993) um mehr als **einen Drittel auf 100 000 Männer und Frauen** verringern, nachdem von 1990 bis 1993 bereits die Hälfte der amerikanischen Truppen abgezogen wurden. Man vergleiche diese Zahlen mit der Truppenstärke der multinationalen Streitmacht im Golfkrieg von 1991 gegen Irak (Operation Desert Storm) von rund 675 000, davon 540 000 amerikanischer Herkunft! Die Schwierigkeiten sind leicht vorstellbar, beim heutigen Planungs- und Realisierungsstand westlicher Abrüstung (Personal, Material und teilweise Moral) innerhalb der notwendigen Zeit wieder eine derartige Streitmacht aufzustellen. Infolge des strategischen Umbruchs nach dem damaligen Ende des Kalten Krieges konnte 1990/1991 im Golf-

Friedensdividende: Irreführendes Trugbild

Seit etwa zwei Jahren geistert das Wort «*Friedensdividende*» durch Politik und Medien. Ein ebenso deplazierter wie unsinniger Begriff, je mehr man darüber nachdenkt. Von Frieden auf dieser Welt kann wohl im Ernst nicht die Rede sein, weniger als je seit dem Zweiten

Nicht die politische, sondern die moralische Verfassung, insbesondere die Wehrbereitschaft, bestimme die Widerstandskraft eines Gemeinwesens.» Zitat aus «Der Fall Roms – Die Auflösung des römischen Reiches im Urteil der Nachwelt» von Alexander Demandt.

Weltkrieg. Im ehemaligen Jugoslawien tobt der Bürgerkrieg trotz zwischenzeitlichen Friedensbezeugungen und wertlosen Versprechen für Waffenruhen immer grässlicher und könnte sich jederzeit ausweiten. Dies mit oder ohne Luftangriffe auf Stellungen der Aggressoren. **Von Abchasien bis Westjordanland: Fast 60 geographische Bezeichnungen stehen auf der Liste aktueller Krisen, Konflikte und Kriege.** In einschlägigen Berichten Sachverständiger ist von weltweit über 100 möglichen Konfliktherden zu lesen.

Dividende ist gemäss dem DUDEN-Fremdwörterbuch der jährlich auf eine Aktie entfallende Anteil am Reingewinn, die Aktie ein An-

«Eine Nation und ihre Lebensform werden nicht, wenn es notwendig ist, von Automaten verteidigt, sondern von denkenden und fühlenden Menschen, die den Willen und die Bereitschaft zur Verteidigung haben müssen. Ihnen die beste Technik und die beste Ausrüstung zu geben, ist zutiefst menschlich.»

General Johannes Steinhoff, früherer Inspekteur der deutschen Luftwaffe und Vorsitzender des NATO-Militärkomitees.

krieg ein einziges militärisches Schwergewicht gebildet werden. Wie aber wird die Bedrohungslage in Zukunft aussehen, wenn zwei und mehrere grössere Konflikte oder Kriege gleichzeitig ausbrechen und sich allenfalls noch gegenseitig verstärken?

Deutschland plante zuerst, die Truppenstärke der Bundeswehr von ursprünglich 490 000 auf 370 000 Mann zu reduzieren; neuerdings ist von weniger als 300 000 Mann die Rede. Der Wehrbeauftragte der deutschen Bundeswehr sprach am 23. März 1993 bei der Übergabe seines Jahresberichtes 1992 von einem sehr schwierigen Jahr für die Streitkräfte sowie von zu hohen Einsparungen in weiten materiellen und personellen Bereichen. Wegen der Planungsunsicherheit herrschten Verunsicherung und Unzufriedenheit. Die Soldaten erwarten, dass die Politik voll hinter ihnen steht. Frage: Würden wohl Wehrbeauftragte in anderen europäischen NATO-Ländern zurzeit ähnliche Feststellungen treffen, einmal ganz abgesehen von der Schweiz?

Steigendes sicherheitspolitisches Interesse in der Schweiz: Bereitschaft zu höherer Versicherungsprämie?

Die Militärische Führungsschule an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich veröffentlichte am 24. März 1993 die Resultate einer Befragung ihrer soziologischen

«Die Dekadenz des römischen Reiches sei am spürbarsten geworden in jener Zeit, als keine Ordnung mehr im Heere herrschte, die Disziplin sich auflöste und die Staatsklugheit die notwendigen Sicherungen vernachlässigte.» Zitat aus *«Der Fall Roms»* von Alexander Demandt.

Forschungsstelle. Diese Befragung wurde im November und Dezember 1992 bei rund 1000 stimmfähigen Schweizerinnen und Schweizern aus allen drei Landesteilen durchgeführt. Das Interesse an der Sicherheitspolitik wurde am Beispiel der beiden wehrpolitischen Initiativen mit Abstimmung am 6. Juni 1993 untersucht. Zunehmendes Interesse an der Sicherheitspolitik, auch der Frauen, wieder steigende Akzeptanz der Schweizer Armee und eine deutlich pessimistischere Wahrnehmung von Bedrohung und Weltlage: Dies sind die generellen Schlussfolgerungen aus dieser wissenschaftlichen Befragung. Nur eine knappe Mehrheit der Befragten (57%) vertritt die Meinung, der Anteil der Militärausgaben sei zu hoch; 1990 waren es noch 71 Prozent. Es scheint, als würden mindestens die drastischen Sparanstrengungen des Eidgenössischen Militärdepartementes zur Kenntnis genommen.

Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer, und über Befragungen kann man in guten Treuen verschiedener Meinung sein. Aber offenbar dämmert es doch manchem Schweizer und mancher Schweizerin allmählich, dass



Ein besonders gesicherter Eingang zur unterirdischen strategischen Kommandozentrale des Kernwaffenstützpunkts Nerpischje in Russland. (Foto: Sygma, aus NATO-Brief Nr. 4/93)

die sogenannte Friedensdividende ein irreführender Ausdruck und damit ein Trugbild ist. Diese Erkenntnis hat denn auch eine deutliche Mehrheit der abstimmenden Schweizerbürgerinnen und -bürger am 6. Juni 1993 veranlasst, die Risikoprämie für ihre Kollektivversicherung in Form einer glaubwürdigen Armee-Ausbildung und Luftverteidigung an der Urne zu bestätigen und gegen die Abschaffung der Armee in Raten, das heisst gegen die Anti-Waffenplatz-Initiative und gegen die Flugzeug-Verhinderungs-Initiative zu stimmen.

Friedenseuphorie: Desengagement = Destabilisierung

Rüstet Europa zu schnell ab? Im bereits erwähnten *«TIME International»* steht auch gleich die klare Antwort: *«Das Europa der Zeit nach dem Kalten Krieg entdeckt die Tugend einer starken Landesverteidigung wieder und folgert, dass die Einschnitte in seinen Streitkräften bereits zu weit gegangen sind.»* Auch in den USA wird eine neue Strategie verkündet, wonach gleichzeitig zwei grössere regionale Konflikte oder Kriege geführt werden können. Einerseits würde der Personalbestand der amerikanischen Streitkräfte in den nächsten fünf Jahren von 1,7 auf 1,4 Millionen sinken; andererseits müsste die Beweglichkeit zwecks weltweitem Einsatz gesteigert sowie Ausbildung, Ausrüstung und Bewaffnung

Gar kein anderes Wehrwesen muss so wie die Miliz in allen Beziehungen kriegsfertig sein, wenn die Armee aufmarschiert.

General Ulrich Wille (1848–1925), Oberbefehlshaber der Schweizer Armee während des Ersten Weltkrieges (1914–1918).

Krisen-, Konflikt- und Kriegsherde auf der Welt

Abchasien, Afghanistan, Algerien, Angola, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien-Herzegowina, Botswana, Burma, Eritrea, Gaza, Georgien, Haiti, Ingusien, Israel, Kambodscha, Kasachstan, Kaschmir, Kirgisien, Kolumbien, Kosovo, Kroatien, Kurdistan, Liberia, Mali, Mauretanien, Mazedonien, Moçambique, Moldawien, Montenegro, Nagorni Karabach, Nordirland, Nord- und Südirak, Nord- und Südossetien, Ogaden, Ostanatolien, Osttimor, Pakistan, Palästina, Pandschab, Peru, Sandschak, Somalia, Sri Lanka, Südafrika, Sudan, Südlibanon, Tadschikistan, Tibet, Togo, Tschad, Tschetschenien, Türkei, Usbekistan, Uttar Pradesh, Venezuela, Vojvodina, Westjordanland.

ständig auf höchstem Stand gehalten werden. Dadurch würde die nach dem Zusammenbruch der einstigen Sowjetunion derzeit einzige Grossmacht USA in einer ungeordneten Welt noch weniger abhängig von (europäischen) Alliierten, deren multinationale Lagebeurteilungs- und Entscheidungsprozeduren politisch und militärisch ohnehin zu Schwerfälligkeit neigen. Diese Doppelstrategie zur Bekämpfung zweier gleichzeitiger Konflikte fordert ihren Preis: Die in kombinierter Friedens- und Wahlkampfeuphorie in Aussicht gestellten Einsparungen bei den Streitkräften werden sich auch in den USA zu einem guten Teil als gefährliche Illusion erweisen.

Die Länder Europas hingegen sollten die Lehren aus der Geschichte des Ersten und Zweiten Weltkrieges sowie aus der Zeit des Kalten Krieges beherzigen und für ihre Verteidigung selbst aufkommen. Dies gilt auch für das Land im Herzen Europas. Im Gegensatz zu den USA und zu ihren näheren und weiteren Nachbarstaaten wird die Schweiz in der nächsten Zeit wiederum Gelegenheit haben, an wehrpolitischen Volksabstimmungen ihre weltweit sehr beachteten Signale für eine glaubwürdige Landesverteidigung und gegen eine voreilige Abrüstung auszusenden. (Aufdatierte und erweiterte Fassung eines in der *«Schweizerzeit»* Nr. 7 vom 16. April 1993 erschienenen Artikels. Die Redaktion)

Die GSoA-Naivität und -Irreführung



«Ich lehne Stacheln ab, sie provozieren nur!»

Illustration von Wolfgang Hicks, BRD, Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.